

Schriftliche Anfrage

des Abgeordneten **Kamm DIE GRÜNEN**
vom 14. 09. 89

Unfallfolgekosten und Schadenshaftung beim Atomkraftwerk Gundremmingen

Jetzt wurde bekannt, daß in Weißrußland nochmal ein Gebiet von 100.000 Einwohnern wegen der radioaktiven Spätwirkungen des Tschernobylunglücks evakuiert werden mußte. Allein in der Sowjetrepublik Weißrußland sollen die Kosten für Entstrahlungs- und Umsiedlungsmaßnahmen die öffentliche Hand in den Ruin treiben.

In Gundremmingen in Nordschwaben wird mit den Blöcken B und C das größte bundesdeutsche Atomkraftwerk betrieben. Es ist zu überlegen, wenn nur einer dieser Blöcke einen Unfall mit ähnlichen radioaktiven Emissionen hätte, wie vergleichsweise der Tschernobylreaktor hatte, welche ökonomischen Schäden entstünden. Angesichts dessen, daß das wegen technischer Pannen endgültig stillgelegte THTR-Atomkraftwerk in Hamm überraschenderweise lange Zeit drohte, den Konkurs anzumelden, ist auch zu fragen, wer für solche Schäden gerade stünde und ob genügend haftendes Kapital bzw. genügend zuverlässiger Versicherungsschutz vorhanden sind.

Deshalb frage ich die Staatsregierung:

1. Wie hoch sind die ökonomisch bewertbaren bisher bekannten Schäden des Tschernobylunfalls.
a) wie hoch sind die ökonomisch bewertbaren, bisher bekannten Schäden des Tschernobylunfalls in Bayern?
2. Wenn Schäden in vergleichsweiser Höhe durch einen Unfall im Atomkraftwerk Gundremmingen aufträten, wer würde wieviel bezahlen?
3. Warum werden diese Risiken nicht über privatwirtschaftliche Haftpflichtversicherungen abgesichert?
4. Sind der Staatsregierung Haftpflichtversicherungen im Bereich der privaten Haushalte und im Bereich der Wirtschaft bekannt, in denen den Versicherungskunden Versicherungsschutz in wesentlich größerer Höhe oder in im Prinzip unbegrenzter Höhe garantiert wird?
5. Warum wird angesichts der extrem hohen Folgekosten von möglichen Reaktorunfällen nicht eine wenigstens ausreichende Kapital- bzw. Versicherungsschutzvorsorge den Atomkraftwerksbetreibern vorgeschrieben?

Antwort

des Staatsministeriums für Landesentwicklung und Umweltfragen

Die schriftliche Anfrage beantworte im Einvernehmen mit den Staatsministerien für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und für Wirtschaft und Verkehr wie folgt:

Zu 1.:

Eine umfassende ökonomische Bewertung der durch den Reaktorunfall in Tschernobyl verursachten Schäden in Bay-

ern ist nicht möglich. Konkret beziffert werden können jedoch die staatlichen Ausgleichszahlungen für die Auswirkungen des Reaktorunfalls in Bayern.

Im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten erfolgten folgende Ausgleichszahlungen:

- Ausgleichszahlungen nach § 38 Abs. 2 des Atomgesetzes (Allgemeine Ausgleichsrichtlinie): 112,7 Mio. DM,
- Allgemeine Entschädigungsregelung unter Billigkeitsgesichtspunkten (Allgemeine Billigkeitsrichtlinie): 49,5 Mio. DM zuzüglich 2,8 Mio. DM im Rahmen einer Sonderregelung des Freistaats Bayern und
- Ausgleich für Aufwendungen beim Zukauf von Bentonit zum Zweck der Zufütterung an Milchkühe (Bentonit-Richtlinie): 1,2 Mio. DM.

Im Geschäftsbereich des Staatsministeriums für Wirtschaft und Verkehr erfolgten folgende Ausgleichszahlungen:

- Allgemeine Ausgleichsrichtlinie: 0,9 Mio. DM,
- Billigkeitsrichtlinie Gemüse: 1,0 Mio. DM,
- Allgemeine Billigkeitsrichtlinie: 0,9 Mio. DM und
- Sonderregelung des Freistaats Bayern - Hilfe zur Existenzsicherung: 0,7 Mio. DM.

Die angeführten Ausgleichszahlungen geben den ökonomischen Schaden nur zum Teil wieder. Der tatsächliche ökonomische Schaden ist größer, weil die Entschädigungsquoten nach der Allgemeinen Billigkeitsrichtlinie bzw. Ausgleichsrichtlinie und der Sonderregelung des Freistaates Bayern nur 50% bzw. 25% des anerkannten Schadens betragen und eine Entschädigung nur solchen Unternehmen gewährt wurde, bei denen die Schäden zu einer Existenzgefährdung geführt haben. Ebenso sind auch Umsatzausfälle in der gewerblichen Wirtschaft nicht berücksichtigt, die sich z.B. aufgrund des geänderten Konsumverhaltens der Verbraucher ergeben haben.

Aus diesen Gründen ist die Ermittlung des im Zusammenhang mit dem Reaktorunfall in Tschernobyl im Freistaat Bayern aufgetretenen volkswirtschaftlichen Gesamtschadens nicht möglich.

Zu 2.:

Der Beantwortung der Frage sei die Feststellung vorangestellt, daß ein Unfallverlauf wie er sich in Tschernobyl ereignet hat, bei den in der Bundesrepublik Deutschland gebräuchlichen Leichtwasserreaktoren nicht möglich ist, da der Reaktorauslegung hier naturgesetzliche Gegebenheiten zugrunde liegen, die die Ursache des Tschernobyl-Unfalls, eine promptkritische Leistungsexkursion, ausschließen. Auch ist bei Leichtwasserreaktoren ein mehrere Tage dauernder Graphitbrand wie in Tschernobyl nicht möglich, da in den Leichtwasserreaktoren an Stelle von Graphit Wasser als Moderator verwendet wird.

Gemäß §§ 25 ff Atomgesetz (AtG) i.V.m. Art. 33 ff des Pariser Atomhaftungs-Übereinkommens haftet der Inhaber einer Kernanlage summenmäßig unbegrenzt (§ 31 AtG). Es handelt sich um eine verschuldensunabhängige Gefährdungshaftung für alle Schäden an Leben und Gesundheit von Menschen und für Schäden oder Verlust von Vermögenswerten, die auf einem von einer Kernanlage ausgehenden nuklearen Ereignis beruhen. Zur Absicherung von Ansprüchen, die sich aus diesen gesetzlichen Schadensersatzverpflichtungen des Anla-

geninhabers ergeben können, werden im atomrechtlichen Genehmigungsverfahren Art, Umfang und Höhe der Vorsorge (Deckungsvorsorge) festgesetzt. Die vom Anlagenbetreiber abzuschließenden Haftpflichtversicherungen decken die Schadensersatzansprüche bis zu einer Höhe von 500 Mio. DM ab. Dieser Betrag erhöht sich durch eine Freistellungsverpflichtung des Bundes und des Landes, in dem sich die Kernanlage befindet (§§ 34, 36 AtG), auf insgesamt 1 Mrd. DM.

Zu 3.:

Nach § 1 Atomrechtliche Deckungsvorsorge-Verordnung (AtDeckV) kann die Deckungsvorsorge entweder durch eine Haftpflichtversicherung oder durch eine Freistellungs- oder Gewährleistungsverpflichtung eines Dritten erbracht werden. Wie in der Antwort zu Frage 2 dargestellt, wird die Haftung des Anlagenbetreibers in Höhe von 500 Mio. DM in der Regel durch Haftpflichtversicherungen abgedeckt. Dies ist auch beim Kernkraftwerk Gundremmingen der Fall.

Zu 4.:

Kraftfahrzeug-Haftpflichtversicherungen können auch mit unbegrenztem Versicherungsschutz abgeschlossen werden.

Bei Privathaftpflichtversicherungen ist dagegen der Versicherungsschutz begrenzt.

Zu 5.:

Bei der Beurteilung der Höhe der Deckungsvorsorge ist zu berücksichtigen, daß unabhängig davon die Haftung des Anlagenbetreibers mit seinem gesamten Vermögen nicht begrenzt ist.

Im Rahmen der Beratungen zum Entwurf eines Gesetzes über die Errichtung eines Bundesamts für Strahlenschutz hat der Bundesrat mit Beschluß vom 10.02.89 (Bundesratsdrucksache 613/88) eine Anhebung der Höchstgrenze der Deckungsvorsorge und eine gesetzliche Verpflichtung der Anlagenbetreiber, finanzielle Rücklagen für die spätere Stilllegung und Beseitigung von Anlagen zu bilden, für erforderlich gehalten. Der Bundesrat hat daher die Bundesregierung gebeten, einen Gesetzentwurf zu weiteren Änderungen des Atomgesetzes auch in dieser Hinsicht einzubringen. Die Bundesregierung hat bereits zugesagt, diese Stellungnahme des Bundesrats bei den weiteren Beratungen der geplanten Atomgesetz-Novelle zu berücksichtigen. Die Neubestimmung der Höhe der Deckungsvorsorge sowie die Fragen der finanziellen Stilllegungsvorsorge bedürfen jedoch noch einer intensiven Erörterung.

① des wegen Umbau /
bzw. Leasinggesellschaft
haftendes Eigenkapital
gäbe es nach einem Reaktor-
unfall im Bau & i.o. nicht.